

Uni-Versenken – Auf Sparkurs in den Untergang

Das Land Schleswig-Holstein ist massiv verschuldet – das ist kein Geheimnis. Aber wenn man Maßnahmen zum Schuldenabbau ergreifen will, sollte man sich ansehen, wie wir überhaupt in die Schuldenfalle geraten sind. Die Kürzungsmaßnahmen der Landesregierung sehen jedenfalls nicht danach aus, als wären ihnen derartige Gedanken vorausgegangen. Gerade die Universitäten und Hochschulen sowie die Schulen haben nun wirklich überhaupt nichts dazu beigetragen, das Land an den Rand des finanziellen Ruins zu bringen! Im Gegenteil, seit Jahrzehnten ist das Bildungssystem massiv unterfinanziert. Jeder Aufschwung der letzten dreißig Jahre ist an unseren Unis und Schulen spurlos vorbeigegangen.

Im Sommer kam der dreiste Entschluss, zur Sanierung der öffentlichen Haushalte den Rotstift an den Universitäten, Schulen und KiTas anzusetzen:

- Die Uni Lübeck sollte faktisch dicht gemacht werden.
- An der Uni Flensburg sollten Studiengänge wegrationalisiert werden.
- An den Schulen sollten ca. 5000 Lehrstellen gestrichen werden.
- Das beitragsfreie dritte KiTa-Jahr sollte gestrichen werden.

Die Auswirkungen auf die CAU wären katastrophal: Die CAU wäre die nächste Anlaufstelle für all diejenigen, die durch die Kürzungsmaßnahmen ihre Studienplätze verloren hätten und woanders weiterstudieren wollten. Die CAU hat Kapazitäten für ca. 17 000 Studierende, und ist bei fast 24 000 Studierenden überbelegt. Auf diese kopflose Kürzungsorgie reagierten wir im Sommer mit der größten Studierendendemo, die das Land jemals gesehen hat (14 000 Teilnehmende), und mit dem ersten Beamtenstreik der Geschichte Schleswig-Holsteins.

Man hatte uns anschließend zur allgemeinen Beruhigung versichert, die Uni Lübeck würde erhalten werden. Zu Flensburg wurde konsequent geschwiegen. [Übrigens beträgt das gesamte Einsparvolumen der Uni Flensburg bis 2020 die Hälfte eines Jahresgehalts von Noch-HSH-Chef Nonnenmacher – das ist ein Skandal sondergleichen!] Lübeck soll jetzt also Stiftungsuni werden. Was das konkret bedeutet, ist noch nicht gesagt. Die Folgen für die CAU sind insbesondere die existenzielle Bedrohung von vier Studiengängen in Folge möglicher Lehrausfälle, da auch das Lehr- und Forschungsinstitut für Meereswissenschaften (IFM Geomar) die Trägerschaft wechselt. Der Wechsel erfolgt aus der Leibniz-Gesellschaft (paritätisch von Land und Bund finanziert) in die Helmholtz-Gesellschaft (100% vom Bund finanziert). Der Umfang der Lehrverpflichtung ist bei der Helmholtz-Gesellschaft wesentlich geringer, was eben die Frage aufwirft, ob die Wissenschaftler_innen dort freiwillig das aktuelle Pensum halten, an dem vier Studiengänge hängen.

Was bei der ganzen Diskussion aber wieder überhaupt nicht gesagt wird ist, dass wir nicht nur keine Kürzungen dulden, sondern seit Jahren gegen die Unterfinanzierung kämpfen. Wir fordern MEHR MITTEL für Schulen und Hochschulen! Bundesweit sind wir aktuell 2,1 Mio Studierende, die auf umgerechnet 970 000 finanzierten Studienplätzen studieren – Kapazitätsabbau ist hier überhaupt nicht denkbar!

Das Bündnis „Gerecht geht anders – Schleswig-Holstein“ beklagt in diesem Zusammenhang vor allem eines: „Die Banken sind saniert, beim Volk wird abkassiert!“ Für die Rettung von durch irrsinnig riskanten Spekulationsgeschäften fast bankrott gegangenen Banken wurden quasi über Nacht hunderte von Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. In Schleswig-Holstein war es die HSH-Nordbank, in der 1,5 Mrd. € versenkt wurden. Das trifft ein Bundesland mit so kleinem Haushalt,

wie es Schleswig-Holstein ist, massiv. Zudem haben Carstensen und Kubicki den Steuererleichterungen für Besserverdienende im Dezember letzten Jahres (also NACH DEN Rettungsschirmen für die Banken) zugestimmt, und damit die Einnahmen des Landes unnötig weiter ramponiert. Beispiel: Durch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz, welchem Carstensen und Kubicki schließlich zugestimmt hatten, sind dem Land Einnahmeausfälle von ca. 100Mio€ entstanden. Nur zum Vergleich: Das „Sparvolumen“ beträgt ca. 125Mio€ im Jahr. Es ist doch ein Witz, wenn man behauptet, die Kassen seien leer, und WIR müssten jetzt „die Gürtel enger schnallen“, wo doch jeder und jede noch weiß, dass die Kassen frisch geplündert wurden!

Im Übrigen wird das gesamte „Sparvolumen“ von der Zinslast der Altschulden aufgeessen, was der alte und neue Finanzminister Rainer Wiegard bereits bei der Verabschiedung des letzten Haushalts bemerkte: *„Wir nehmen auch weiterhin neue Schulden auf, um damit Zinsen für die alten Schulden zu bezahlen. Die Zinsen für die aufgelaufene Schuldenlast steigen gegenüber 2005 um 236 Mio. Euro auf über 1,1 Mrd. Euro, bis 2012 sogar auf deutlich über 1,2 Mrd. Euro.“* Das ist der Schuldenzuwachs PRO JAHR! Wir verschulden uns weiter, obwohl überall gekürzt wird. Das ist der große Betrug dieser ganzen Kürzungssorgie! Und Herr Wiegard bemerkte sogar damals schon zur Haushaltskonsolidierung: *„Dieser Weg ist allerdings nach meiner Überzeugung für Schleswig-Holstein nicht allein aus eigener Kraft zu schaffen.“* Offensichtlich haben wir die Initiativen der Regierung Carstensen im Bundesrat, das Steueraufkommen der Länder zu erhöhen, verpasst.

Bei Staatsschulden wird auch immer so getan, als würden wir das Geld, was im Sozial-, Gesundheits- und Bildungsbereich weggekürzt wird, in die Förde schmeißen, und niemand hätte etwas davon. Tatsache ist, es gibt Gläubiger, also Institutionen oder auch Privatpersonen, die das Geld bekommen. Durch eine andere Steuerpolitik wäre es möglich, zum Einen die Profiteure der Krise an den Kosten der Krise zu beteiligen. Zum Anderen könnten die Altschulden – in Schleswig-Holstein auf ca. 25 Mrd. € geschätzt – durch eine andere Steuerpolitik geschultert werden. Die Bundesregierungen waren in den letzten Jahren sehr fleißig, Steuern abzuschaffen, die insbesondere den Ländern zukamen. *Ein Beispiel* ist die Vermögenssteuer. Der Hinweis auf ein Verfassungsgerichtsurteil ist zwar völlig richtig, nur hätte man das Gesetz ÄNDERN können, also mit den *Bestimmungen des Grundgesetzes in Einklang bringen können*. Das hätte den Bundesländern die drastischen Einnahmeausfälle erspart. Die Kette ist lang.

Diesen ganzen Mist lassen wir uns nicht mehr länger bieten! Deshalb beteiligen wir uns an dem Bündnis „Gerecht geht anders – Schleswig-Holstein“ und rufen dazu auf, gemeinsam mit der GEW eine Menschenkette vom Bildungsministerium zur HSH-Nordbank zu machen, bevor wir mit der Großdemo zum Landeshaus marschieren. Einer Regierung, die die Bevölkerung zum „Urnenpöbel“ degradiert, muss man die Zähne zeigen!

Zeit: Donnerstag, den 18.11.2010
Treffpunkt: Um 15 Uhr am Bildungsministerium
Brunswiker Straße (Buslinie 61/62 Hospitalstraße)